

## **6. Die Europäische Union und ihre Nachbarn**



# Europäische Nachbarschaftspolitik

Barbara Lippert

Die südliche und östliche Nachbarschaft bilden jeweils Räume von herausragendem außen- und sicherheitspolitischem Interesse der Europäischen Union. Sie sind aus unterschiedlichen Gründen und in unterschiedlichem Maß als Krisenräume mit langwierigen Konflikten und hohem Destabilisierungspotential anzusehen. Die Europäische Union begegnet diesen geopolitisch volatilen und heterogenen Nachbarschaften mit einem Gesamtansatz, der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP). Diese ist als einheitlicher Politikrahmen für 16 Länder konzipiert.<sup>1</sup> Nach mehreren Reformen stellt die Union die ENP stärker in den Kontext ihrer Außen- und Sicherheitspolitik, die freilich selbst einem holistischen und integrierten Ansatz folgt und mit geballter Kraft („Joined-up actions“) agieren will.<sup>2</sup> Die ENP ist innerhalb der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Globalen Strategie der Europäischen Union jedoch nur eine Politikkomponente von geringer Bedeutung,<sup>3</sup> die im Hinblick auf die vorrangigen Ziele eines integrierten Ansatzes zur Bewältigung von Konflikten und zur kooperativen globalen Ordnungsbildung beitragen soll. Der Kriegsschauplatz Syrien und seine Ausstrahlung in die Nachbarländer und der Machtkampf in Libyen zwischen der Einheitsregierung in Tripolis, zwei Gegenregierungen sowie diversen lokalen Milizen blieben 2016/17 Brennpunkte, die die Auflösung der nahöstlichen Ordnung antreiben.<sup>4</sup> Fünf der sechs östlichen ENP-Länder, allen voran die Ukraine, haben mit innerstaatlichen oder zwischenstaatlichen Konflikten zu tun. Deren Nachbar Russland hat sich von den Ordnungsprinzipien der Pariser Charta für die gesamteuropäische Sicherheit verabschiedet und propagiert eine eigene Welt mit eigenen Wertgrundlagen und Prinzipien, die auf eine neue Aufteilung von Einflussphären in Europa abzielen.<sup>5</sup>

Da eine Darstellung der Aktivitäten und eine Bewertung aus der Makro-Perspektive der ENP auf die Politik der Europäischen Union gegenüber den Nachbarländern wenig aussagekräftig ist, können unter der Dachmarke ENP vor allem die konzeptionelle Einbettung

---

1 Die Staaten, die von der ENP abgedeckt werden, sind Algerien, Ägypten, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Israel, Jordanien, der Libanon, Libyen, Marokko, Moldau, die Palästinensischen Gebiete, Syrien, Tunesien und die Ukraine.

2 European External Action Service (EEAS): Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. A Global Strategy for the European Union's Foreign And Security Policy, June 2016; Ebd.: From Shared Vision to Common Action: Implementing the EU Global Strategy. Year 1, June 2017.

3 Siehe auch den Beitrag „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ in diesem Buch.

4 Siehe auch den Beitrag „Nahostpolitik“ in diesem Buch.

5 Sabine Fischer: Vom Getriebenen zum »Gestalter«: Russland in internationalen Krisenlandschaften, in: Volker Perthes (Hrsg.): »Krisenlandschaften«. Konfliktkonstellationen und Problemkomplexe internationaler Politik. Ausblick 2017, SWP-Studie, Januar 2017; Susan Stewart: Grundeinstellungen der russischen politischen Elite. Recht, Wahrheit, Gemeinwohl und Gewalt, SWP-Studie, März 2017.

sowie gemeinsame Ordnungselemente im Rahmen der bilateralen Vertragsbeziehungen in den Blick genommen werden. Hinzu kommt eine regionale Komponente: die Östliche Partnerschaft und im Süden vor allem die Union für das Mittelmeer.<sup>6</sup>

### **Ein Jahr später: Implementierungserfahrungen mit der ENP-Review und der Globalen Strategie**

Die Dichotomie der ENP-Review aus dem Jahr 2015 und der 2016 aufgelegten Globalen Strategie setzte sich 2017 mit deren jeweiligen ersten Implementierungsbilanzen fort.<sup>7</sup> Die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik legten im Mai 2017 ihren gemeinsamen Bericht zur Umsetzung der reformierten ENP vor. Aus Sicht von Kommissar Johannes Hahn und der Hohen Vertreterin Federica Mogherini zeigt die Reform bereits Wirkung.<sup>8</sup> Das führen sie teils auf den umfangreichen Konsultationsprozess zurück, der der Überarbeitung vorangegangen war und somit die Erfahrungen und Interessen der ENP-Stakeholder in der Europäischen Union und den ENP-Ländern aufgreift.<sup>9</sup> Die überarbeitete ENP wird als Instrument der Globalen Strategie angesehen, deren Schlüsselkonzept das der Resilienz ist. Auch die ENP verfolgt als Hauptziel die Stärkung der Widerstandskraft der Staaten und Gesellschaften in den ENP-Ländern.<sup>10</sup> Die Hohe Vertreterin hatte schon bei der Vorstellung des ENP-Reviews 2015 die Resilienz in den Mittelpunkt gestellt. Diese Lesart der ENP hat sich jetzt offenbar durchgesetzt. Der weiterhin diffuse Resilienz-Begriff und das Ziel der Stabilisierung haben die Demokratisierungs- und Transformationsrhetorik in der ENP verdrängt.

Die außen- und sicherheitspolitische Kontextualisierung der ENP verdeutlicht die vom Rat der Europäischen Union angenommenen Prioritäten in der GASP 2016. Im GASP-Bericht wird nur hinsichtlich der Sicherheitsaspekte ein direkter Bezug zum ENP-Review hergestellt.<sup>11</sup> Der Rat nennt die ENP unter anderem als ein Instrument, um die staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Resilienz zu stärken, was auch der Widerstandskraft der Europäischen Union und ihrer BürgerInnen zugutekommen soll.<sup>12</sup>

Im GASP-Bericht wird erneut deutlich, dass der geographische Zuschnitt der ENP unter außen- und sicherheitspolitischen Gesichtspunkten nicht passt. Der Kreis der Nachbarn wird in der GASP und der Globalen Strategie nicht auf die ENP-Länder im strikten Sinne begrenzt, sondern schließt Russland, die Türkei und die Länder des Westbalkans sowie weitere Nachbarn in Zentralasien, am Golf und in der Levante ein. In der GASP werden die roten Linien zwischen Erweiterungs- sowie ENP-Ländern und anderen Nachbarn

---

6 European Commission: Eastern Partnership – Focusing on key priorities and deliverables, SWD(2016) 467 final; Union for the Mediterranean: Annual Report 2016; für ausführlichere Informationen hierzu siehe die Beiträge „Östliche Partnerschaft“ und „Mittelmeerpolitik“ in diesem Buch.

7 Europäische Kommission: Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, JOIN(2015) 50; EEAS: Shared Vision, Common Action, 2016.

8 Europäische Kommission: Neu gestaltete Nachbarschaftspolitik: Förderung von Stabilisierung, Resilienz und Sicherheit, Pressemitteilung, 18. Mai 2017.

9 Vgl. Barbara Lippert: Europäische Nachbarschaftspolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2016, Baden-Baden 2016, S. 333-340.

10 Für eine kritische Auseinandersetzung vgl. Annegret Bendiek: Die Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, SWP-Aktuell 44/2016.

11 Rat der Europäischen Union: GASP-Bericht – Unsere Prioritäten 2016, 17. Oktober 2016, Dok. 13026/16, S. 38-40.

12 Council of the European Union: Council conclusions on the Global Strategy on the European Union's Foreign and Security Policy, 17 October 2016, Dok. 13309/16, Punkt 5.

vernünftigerweise ignoriert und die Beziehungen problemorientiert zusammen betrachtet. Im Zentrum des GASP-Berichts steht allerdings die Entwicklung der Beziehungen zu den einzelnen Ländern im Rahmen der bilateralen Vertragswerke, was wiederum das Rückgrat der ENP ausmacht.

Die drei Grundprinzipien der ENP sind erstens der differenzierte Ansatz, der vor allem dem Ambitionsniveau der Nachbarn Rechnung trägt, zweitens die gemeinsame Verantwortung beider Seiten, die ihre Bedürfnisse und Interessen in den Beziehungen zur Geltung bringen, und drittens das Ziel, die Europäische Union möge ihre Instrumente flexibler einsetzen. Wichtige Instrumente bleiben jeweils länderspezifische rechtlich-politische Rahmenvereinbarungen für Kooperation und Assoziierung in unterschiedlicher Qualität, die Vereinbarung von Partnerschaftsprioritäten und Assoziierungsagenden beziehungsweise deren laufende Aktualisierung. Im Zuge dieser Neuerung hat die Kommission auch ihr Berichtswesen deutlich verschlankt. Der übergreifende Strategiebericht zur ENP entfällt. 2017 finden sich im Implementierungsbericht vor allem Standmitteilungen zum „bilateralen Engagement“ und in zweiter Linie zum „regionalen Engagement“. Es folgen Schlaglichter auf vier horizontale Schlüsselprioritäten der ENP beziehungsweise der Europäischen Union: erstens gutes Regieren, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Im Zentrum stehen die Durchführung von Wahlen nach international anerkannten Standards, die Bekämpfung von Korruption, der Aufbau einer öffentlichen Verwaltung im OECD/SIGMA-Rahmen, Reform der Justiz und des Sicherheitssektors sowie der Grundrechtsschutz. Zweitens die wirtschaftliche Entwicklung und Stabilisierung: Im Mittelpunkt stehen hier Handelsliberalisierung und Förderung von Investitionen und Verbesserung der rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen, die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen und des Privatsektors, Förderung von Bildung und Berufsausbildung unter anderem durch Teilnahme an EU-Programmen wie Erasmus für akademische Zielgruppen. Für die Europäische Union sind Energiesicherheit und -infrastruktur wichtige Themen. Im Zentrum des dritten Kapitels, Sicherheit, stehen die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, die Sicherheitssektorreformen sowie die zivilen und zivilmilitärischen Missionen/Operationen in ENP-Ländern<sup>13</sup> und die mit Grenzschutz und Küstenwache zusammenhängenden Aktivitäten, die im letzten Jahr deutlich ausgeweitet wurden. Viertens Migration und Mobilität – hier geht es insbesondere um die Eindämmung, Unterbindung und Steuerung irregulärer und „gemischter“ Einwanderung über das Mittelmeer, die Mobilitätsprogramme und die Visaliberalisierung. In allen Kooperationsfeldern steht die Europäische Union vor dem Problem, legitime, verantwortungsvolle und starke Akteure als Partner für die Umsetzung der jeweiligen Vorhaben zu finden. Zwar geht sie stärker auf Nichtregierungsorganisationen zu und versucht, inklusive Prozesse auch unter dem Vorzeichen von „Aussöhnung“ zu fördern. Das stellt sich aber oft als sehr unvollkommen heraus.

---

13 EU Police Mission for the Palestinian Territories (EUPOL COPPS) seit 2006, EU Monitoring Mission in Georgien (EUMM) seit 2008, EU Border Assistance Missions in Moldawien und Ukraine (EUBAM Moldova and Ukraine) und in den palästinensischen Gebieten (EUBAM RAFAH) seit 2005 sowie in Libyen (EUBAM Libya) seit 2013, EU Advisory Mission in der Ukraine (EUAM) seit 2014.

Ein eigenes Kapitel ist der finanziellen Unterstützung der Nachbarregionen gewidmet. Die für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgesehenen Mittel werden immer wieder für spezifische Ziele aufgestockt. 2016 wurden für die südlichen ENP-Länder 129 Mio. Euro und für die östlichen 79.8 Mio. Euro beschlossen sowie weitere 37 Mio. Euro für regionale Programme.<sup>14</sup>

Mit der Reform des Berichtswesens legt die Kommission nicht mehr zu einem festen Zeitpunkt ein Paket von Länderberichten zu allen ENP-Ländern vor. Diese Bestandsaufnahmen der Beziehungen und Lagebilder zu den inneren Entwicklungen der Partnerländer und ihrer Stellung in der Region sind jetzt in Arbeitspapieren der Kommission zu finden, die im Zusammenhang mit anstehenden Assoziierungsräten oder ähnlichem veröffentlicht werden.<sup>15</sup> Diese korrespondieren in ihrem Aufbau mit den jeweiligen Katalogen prioritärer Aufgaben – Prioritätenpartnerschaften<sup>16</sup> oder Assoziierungsagenda – und in ihrem politischen Profil mit dem jeweiligen Ambitionsniveau der Beziehungen. Signifikant ist, dass Einschätzungen oder gar Forderungen im Lichte der von der Europäischen Union hochgehaltenen Werte ausbleiben und nur indirekt herauszulesen sind.<sup>17</sup> Damit agiert die neue ENP wie beabsichtigt realistischer, fokussierter und pragmatischer – ob erfolgreicher, ist nicht abzusehen. Eine Leerstelle bleibt ausweislich der neuen ENP/GASP-Schlüsseldokumente und trotz zunehmender Versicherheitlichung, dass die ENP weiterhin kaum geopolitisch durchdrungen ist und die Europäische Union ihre Interessen gegenüber den ENP-Ländern nicht definiert und priorisiert.

### **Stand der Vertragsbeziehungen mit den Nachbarn<sup>18</sup>**

Im Sinne der Reform der ENP hat die Europäische Union den Bezugsrahmen für die Gestaltung der bilateralen Beziehungen deutlich differenziert und das Ambitionsniveau in vielen Fällen reduziert. Damit wird die ENP an der Nachfrage des Partnerlandes ausgerichtet und verfährt mit der politischen Konditionierung ihrer Angebote flexibel, je nach Anspruchsniveau der Beziehungen.

Am anspruchsvollsten und nahe an der Ursprungsidee der ENP sind die Regelwerke der Vertieften und Umfassenden Freihandelszone (DCFTA). Das Abkommen mit der Ukraine ist im September 2017 vollständig in Kraft getreten, nachdem es am 11. Juli 2017 vom Rat ratifiziert worden war.<sup>19</sup> Das negative Referendum in den Niederlanden hatte längere Verhandlungen mit Den Haag über die Bedingungen zur Folge, zu denen die Niederlande

---

14 Camille-Cerise Gessant: Commission earmarks almost €209 million for southern and eastern neighbourhoods, in: Bulletin Quotidien Europe, 20.9.2016.

15 European Commission: Strengthening EU support for Tunisia, JOIN(2016) 47 final; Ebd.: Association Implementation Report on Georgia, SWD(2016) 423 final; Ebd.: Association Implementation Report on Ukraine, SWD(2016) 446 final; Ebd.: Rapport sur l'état des relations UE-Algérie dans le cadre de la PEV rénovée, SWD(2017) 109 final; Ebd.: Association Implementation Report on the Republic of Moldova, SWD(2017) 110 final; Ebd.: Report on EU-JORDAN relations in the framework of the revised ENP, SWD(2017) 234 final; Ebd.: Report on EU-LEBANON relations in the framework of the revised ENP, SWD(2017) 251 final; Ebd.: Report on EU-EGYPT relations in the framework of the revised ENP, SWD(2017) 271 final.

16 Diesen hängt ein sogenannter Partnership Compact an, in dem die Verpflichtungen der jeweiligen Seite EU/Partnerland, in den Kooperationsfeldern aufgelistet sind.

17 Siehe etwa den Bericht zu Ägypten: European Commission: Report on EU-EGYPT relations, 2017, S. 11 f.

18 Siehe auch die Länderbeiträge im Kapitel „Die Europäische Union und ihre Nachbarn“ in diesem Buch.

19 Rat der Europäischen Union: Ukraine: Rat nimmt Assoziierungsabkommen EU-Ukraine an, Pressemitteilung, 11. Juli 2017, Dok. 458/17.

dem Abkommen zustimmen konnten.<sup>20</sup> Die 28 im Europäischen Rat versammelten Mitgliedstaaten nahmen die Besorgnis der Niederländer zur Kenntnis und stellten diesbezüglich rechtlich bindend fest, dass mit dem Inkrafttreten des DCFTA mit der Ukraine diese keinen Kandidatenstatus für den Beitritt erhält und keine kollektive Garantie für Sicherheit oder militärischen Beistand von der Europäischen Union erwarten kann. Außerdem wird die Arbeits- und Niederlassungsfreiheit negiert.<sup>21</sup> Ausdrücklich formulierte die Union also, was implizit ohnehin galt, aber als politische Rückversicherung die nationalen Gemüter beschwichtigen und den Weg für das Inkrafttreten des Abkommens freimachen sollte.

Außerdem sind nach diesem Typus die Abkommen mit Georgien und Moldau seit Juli 2016 in Kraft getreten.<sup>22</sup> Das sichert unter anderem den regelmäßigen Austausch in paritätisch besetzten Ausschüssen und Räten auf Arbeitsebene sowie auf hoher und höchster politischer und parlamentarischer Ebene. Die Vertragsgegenstände und deren Implementierung sind so breit und politisch-administrativ anspruchsvoll, dass die schrittweise und stetige Operationalisierung und Umsetzung der Langzeitprogramme eines sehr engen Monitorings bedarf. Der Steuerung dienen auch die 2017 überarbeiteten Assoziierungsagenden, die bis 2019/20 laufen werden.<sup>23</sup> Alle drei Länder haben unterdessen auch die visumfreie Einreise in die Europäische Union erreicht: zuletzt die Ukraine im Juni 2017, zuvor Moldau 2014 und Georgien im März 2017.<sup>24</sup>

Armenien hatte 2015 eine Kehrtwende in Sachen DCFTA gemacht und ein weniger ambitioniertes Vertragsverhältnis mit der Europäischen Union gesucht. Die Verhandlungen über ein neuartiges Umfassendes und Verstärktes Partnerschaftsabkommen (CEPA) wurden im Februar 2017 abgeschlossen.<sup>25</sup> Es unterscheidet sich von einem Assoziierungsabkommen nicht nur im Namen. Inhaltlich vereinbaren beide Seiten neben dem regelmäßigen politischen Dialog vor allem eine sektorale Kooperation mit vagen Aussichten auf weitere wirtschaftliche Integration. Es wird also berücksichtigt, dass Armenien Teil des von Moskau gelenkten Eurasischen Wirtschaftsraums (EAWR) ist. Das Land muss so mit zwei unterschiedlichen Regelwerken arbeiten und es wird sich zeigen, inwieweit die beiden Wirtschafts- und Politikräume der Europäischen Union und des EAWR kompatibel sind. Mit Aserbaidschan begannen im Februar 2017 Gespräche über ein umfassenderes

---

20 Siehe auch den Beitrag „Die Niederlande“ in diesem Buch.

21 Europäischer Rat: Tagung des Europäischen Rates (15. Dezember 2016) – Schlussfolgerungen, EUCO 34/26, Punkte 22-24 und Anlage.

22 European Commission: Full entry into force of the Association Agreement between the European Union and the Republic of Moldova, 1 July 2016, IP/16/2368; Ebd.: EU-Georgia Association Agreement fully enters into force, 1 July 2016, IP/16/2369.

23 Europäische Kommission: Gemeinsamer Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Standpunkt der Union (...) mit Blick auf die Annahme der Assoziierungsagenda EU-Republik Moldau, JOIN(2017) 8 final; Secretary-General of the Council: EU-Republic of Moldova Association Agenda ST 10057 2017 INIT, gebilligt vom Rat am 17. Juli 2017; Europäische Kommission: Gemeinsamer Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Standpunkt der Union (...) mit Blick auf die Annahme der Assoziierungsagenda EU-Georgien, JOIN(2017) 12 final.

24 European Commission: Statement by Commissioner Avramopoulos on the Council adoption of visa liberalisation for Georgia, 27 February 2017, STATEMENT/17/363; Ebd.: European Commission welcomes the Council adoption of visa liberalisation for the citizens of Ukraine, 11 May 2017, STATEMENT/17/1270.

25 EEAS: Joint Press Release by the European Union and Republic of Armenia on the initialling of the EU-Armenia Comprehensive and Enhanced Partnership Agreement, 21 March 2017.

Abkommen, welches das alte Partnerschaftsabkommen von 1999 ablösen soll.<sup>26</sup> Mit Armenien, Aserbaidshan und Belarus laufen Konsultationen über Vereinbarungen zu Partnerschaftsprioritäten.<sup>27</sup> Mit Belarus hat die Europäische Union eine informelle Koordinierungsgruppe geschaffen, die auslotet, inwieweit die innere Entwicklung in Belarus bei Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit engere Beziehungen im Rahmen der Östlichen Partnerschaft erlaubt. Außerdem befasst sie sich mit Kooperationsmöglichkeiten in verschiedenen Bereichen, unter anderem Mobilität, Handel und Energie.<sup>28</sup>

In der südlichen Nachbarschaft ist das klassische Freihandels- und Assoziierungsabkommen um Sektoralabkommen ergänzt, etwa zu Fischerei oder Landwirtschaft, der Grundtypus, zumeist entstanden im Kontext des Barcelona-Prozesses.<sup>29</sup> Inzwischen gibt es zur Untermauerung Partnerschaftsprioritäten mit dem Libanon (November 2016) und Jordanien (September 2016) sowie mit Algerien (März 2017) und Ägypten (Juli 2017). Mit Tunesien werden die Beziehungen im bisherigen Rahmen der Assoziierung ausgebaut, so durch die Einrichtung eines Gemeinsamen Parlamentarischen Ausschusses im September 2016. Mit Marokko, das seit 2008 einen sogenannten fortgeschrittenen Status innehat, ist das Assoziierungsabkommen (in Kraft seit 2000) noch nicht durch ein DCFTA ausgebaut worden, über das 2013/14 zuletzt verhandelt wurde. Die Beziehungen zu Israel beruhen auf dem Assoziierungsabkommen von 2000, die zur Palästinensischen Behörde auf dem Interimsabkommen von 1997. Seit der Einführung der ENP sind sie über mehrjährige Aktionspläne ausbuchstabiert worden.

Bei Syrien und Libyen gibt es keine Grundlage für die ENP, vielmehr stehen Krisendiplomatie und humanitäre Hilfe im Vordergrund. Im Falle von Libyen bemüht sich die Union zudem intensiv um eine Zusammenarbeit mit der international anerkannten Regierung Fayed al-Serraj zum Schutz der libyschen Küsten mit dem Ziel, die irreguläre Migration vor allem nach Italien und den Süden der Europäischen Union abzuwehren.<sup>30</sup>

Die Europäische Union, besonders Kommission und Hohe Vertreterin, bemühen sich, die erneuerte ENP auch mit neuer politischer Energie zu verfolgen. Allerdings fehlen in vielen Ländern entscheidende Voraussetzungen: Es mangelt an passenden Kooperationspartnern in südlichen wie östlichen ENP-Ländern und das Gewalt- und Konfliktniveau ist in den MENA-Region oft so hoch, dass mit den Mitteln der ENP, auch im Verbund mit der Krisendiplomatie der EU-Staaten, wenig auszurichten ist.

### Weiterführende Literatur

Kataryna Wolczuk: Demystifying the Association Agreements. Review of the Trilogy of Handbooks: on the EU's Association Agreements and Deep and Comprehensive Free Trade Areas (DCFTAs) with Georgia, Moldova and Ukraine, 27.6.2017, abrufbar unter: <http://www.3dcftas.eu/> (letzter Zugriff: 15.8.2017).

Steven Blockmans: The Obsolescence of the European Neighbourhood Policy, Brüssel/London 2017.

- 
- 26 European Council (President): Remarks by President Donald Tusk after his meeting with President of Azerbaijan Ilham Aliyev, 6 February 2017, Statements and Remarks 47/17.
- 27 Für die PPs mit Armenien hat die Kommission im Juli einen Vorschlag vorgelegt; Europäische Kommission: Gemeinsamer Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Standpunkt der Union in dem (...) eingesetzten Kooperationsrat, JOIN(2017) 24 final.
- 28 EEAS: EU-Belarus Coordination Group met for the third time, 4 April 2017.
- 29 Für eine Übersicht vgl. European Commission: Trade, negotiations and agreements, abrufbar unter: <http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/agreements/> (letzter Zugriff: 28.8.2017).
- 30 Siehe European Commission: Migration on the Central Mediterranean route. Managing flows, saving lives, JOIN(2017) 4 final.